

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/01/2005
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 09.02.2005
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 16.00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen zur Tagesordnung gem. § 6 III der Geschäftsordnung des Rates
hier: Erweiterung eines Beratungsangebotes zu SGB II- Leistungen beim Hagener Arbeitslosenzentrum (HALZ)
3. Vergünstigungen
Vorlage: 0865/2004
4. Ärztliche Versorgung im Männerasyl
5. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
-Umsetzung des SGB II in Hagen- (mündlicher Bericht)
6. Richtlinien der Stadt Hagen zur Förderung des Fahrdienstes für
Schwerbehinderte vom 31.01.1980 (Drucksachen-Nummer 2/80) gültig ab
01.02.1980, zuletzt geändert durch Ratsbeschluss vom 23.09.1993 (Drucksachen-
Nummer 287/93)

Vorlage: 0925/2004
7. Abschlussbericht des Diakonischen Werks zum Projekt Streetwork Wohnungslose
(mündlicher Bericht)
8. Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagener Gesundheitskonferenz
Vorlage: 0888/2004
9. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16.00 Uhr

1. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Sozialausschusses im Jahr 2005.

Zur Niederschrift der letzten Sitzung bemerkt Herr Röspel, dass die Ausschussmitglieder, die unentschuldigt gefehlt hatten im Rahmen der Niederschrift- entgegen der bisherigen Gepflogenheiten- namentlich benannt werden.

Nach lebhafter Diskussion- in deren Verlauf u.a. Herr Weber auf seine Mehrfachbelastung durch seine Ausschusstätigkeit und seine Tätigkeit in der Bezirksvertretung hinweist, wodurch sich Terminüberschneidungen ergeben, einigte sich der Ausschuss auf folgenden Modus:

Die Ausschussmitglieder melden sich in den jeweiligen Fraktionsbüros; von dort wird eine Vertretung organisiert. Eine explizite Nennung etwaiger unentschuldigter Mitglieder des Ausschusses erfolgt im Rahmen der Niederschrift nicht mehr.

Frau Buchholz merkt an, dass unter TOP 4 der Niederschrift vom 30.11.2004 entsprechend der Meinungsbildung des Ausschusses auch Vertreter der Zuwanderungsberatung mit eingeladen werden sollen.

Herr Steuber stellt das Infoblatt „Aktionsprogramm Pflege NRW „ vor, dass Eckpunkte für die künftige Pflegepolitik enthält.

Die Stadt Hagen ist bemüht an einem Programm für Demenzkranke teilzunehmen. Der Ausschuss wird über das Ergebnis der Bemühungen unterrichtet.

Beschluss:

- 2. Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen zur Tagesordnung gem. § 6 III der Geschäftsordnung des Rates
hier: Erweiterung eines Beratungsangebotes zu SGB II- Leistungen beim Hager Arbeitslosenzentrum (HALZ)**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Halbeisen begründet den schriftlichen Antrag vom 19.01.2005 noch einmal eingehend mündlich.

Der Geschäftsführer der ARGE Herr Rumberg weist darauf hin, dass das Personal-

budget ausschließlich für direkt in der ARGE Beschäftigte verwandt werden kann. Insoweit regt er an die Finanzierung über die Stellung von Arbeitsgelegenheiten (Eingliederungsleistungen) durchzuführen.
Nach ausführlicher Diskussion fasst der Ausschuss den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat den Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen mit folgenden Änderungen zu beraten:
Die 0,5 Stelle soll bis Ende 2005 befristet werden (Zeile 6 des Antrags) und das Wort Personalkostenbudget soll durch das Wort Budget ersetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

3. Vergünstigungen
Vorlage: 0865/2004**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Da sich die Vorlage noch im Unterschriftengang befindet wird dieser Tagesordnungspunkt im Rahmen der März Sitzung behandelt.

Beschluss:**4. Ärztliche Versorgung im Männerasyl****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Bent weist zu Beginn seiner Ausführungen auf die Problematik der vorläufi-

gen Haushaltsführung (§ 81 GO NW) hin, insoweit ist es zur Zeit nicht möglich finanzielle Bindungen einzugehen. Überdies stehen die hierauf basierenden politischen Vorgaben des Rates der Eingehung einer finanziellen Bindung entgegen. Unabhängig hiervon stellt Herr Dr. Bent die nachfolgenden vier Lösungsvarianten dar:

1. Alternative: Ein Arzt führt Untersuchungen durch und leitet den Patienten dann zur weiteren Versorgung in die vorhandenen medizinischen Strukturen weiter. Dieses müsste durch Begleitung mit einem Sozialarbeiter, einer Pflegekraft oder ähnlichen Personen geschehen.
2. Alternative: Der Arzt vor Ort diagnostiziert und führt kleine Behandlungen wie Wundbehandlungen etc. durch. Weiterhin behandelt er die von ihm diagnostizierten Befunde selbst mit Medikamenten die auf Vorrat vorliegen und gibt dem Patienten diese Medikamente mit.
Eine Ausgabe von Medikamenten ist aber gem. Arzneimittelgesetz nur für die Akutversorgung möglich. Sollte der Bewohner Medikamente benötigen, die nicht im Depot vorhanden sind, oder eine Behandlung einer chronischen Erkrankung erforderlich sein, müsste mittels eines Privatrezeptes die Versorgung des Patienten erfolgen.
Anfallende Kosten wie die Praxisgebühr, Gebühren für Medikamente etc müssten hierbei von der Stadt aufgebracht werden, obwohl die Kosten für die medizinische Versorgung diese Personenkreises eigentlich von anderen Leistungsträgern erbracht werden müssten.
3. Alternative: Diese Alternative besteht in der Versorgung der Bewohner des Männer-Asyls in einer Sprechstunde vor Ort als Zweitdependance eines Kassenarztes. Dieses Konzept wurde allerdings auf Initiative des Gesundheitsamtes bereits im Jahr 2002 über einen Zeitraum von ca. ½ Jahr praktiziert. Der ärztliche Kollege stellte seine Tätigkeit allerdings ein, da die zugesagte schnelle und reibungslose Abwicklung nach seinen Angaben nicht funktionierte.
4. Alternative: Eine weitere Alternative kann in einer Zusammenarbeit mit dem schon in Hagen bestehenden Projekt der Diakonie in Luthers kleinem Waschsalon bestehen.
Ärzte des Gesundheitsamtes können dort mitarbeiten. Eine Kooperation erscheint sinnvoll und wird auch von den Mitarbeitern der Diakonie begrüßt. Allerdings bestehen auch hier Finanzierungsprobleme.

Der Ausschuss einigt sich nach Diskussion der Vorschläge auf folgende Vorgehensweise:

Eine bereits bestehende Arbeitsgruppe des Lions Clubs Hagen soll laut Herrn Haensel aktiviert werden. Diese wird bis Ende Februar das benötigte ärztliche Material zur Verfügung stellen. Mit diesem Material werden Ärzte des Gesundheitsamtes ihre Tätigkeit in den Räumlichkeiten von Luthers kleinem Waschsalon aufnehmen.

Beschluss:**5. Zusammenführung von Arbeitslosen-und Sozialhilfe
-Umsetzung des SGB II in Hagen- (mündlicher Bericht)****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Rumberg gibt einen Überblick über den aktuellen Stand über die Umsetzung des SGB II. Nach großem Kundenandrang im Januar und einer filmischen Dokumentation der Umsetzung /Einführung von Hartz IV die im WDR gesendet worden ist sind zunächst folgende Fakten festzuhalten:

In Hagen bestehen 11256 Bedarfsgemeinschaften, davon 1653 von unter 25jährigen. Auch nach der Einführung bestehen weiterhin Softwareprobleme. Die Kunden werden nunmehr nach und nach zu Gesprächen eingeladen. Im Februar werden 300 Arbeitsgelegenheiten vermittelt.

Die Anschreiben in Bezug auf die Wohnungsgröße werden zunächst gestoppt.

Frau von Mallinckrodt verlässt die Sitzung um 17.25 Uhr.

Beschluss:**6. Richtlinien der Stadt Hagen zur Förderung des Fahrdienstes für
Schwerbehinderte vom 31.01.1980 (Drucksachen-Nummer 2/80) gültig ab
01.02.1980, zuletzt geändert durch Ratsbeschluss vom 23.09.1993 (Drucksachen-Nummer 287/93)**

Vorlage: 0925/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem TOP werden keine Fragen gestellt, so dass Frau Machtschek den Beschlussvorschlag direkt zur Abstimmung stellen kann.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die geänderten Richtlinien der Stadt Hagen zur Förderung des Fahrdienstes für Schwerbehinderte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

7. Abschlussbericht des Diakonischen Werks zum Projekt Streetwork Wohnungslose (mündlicher Bericht)

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kurte und Herr Bock verlassen um 17.40 die Sitzung.

Frau Wuske, die Streetworkerin des Diakonischen Werks gibt unter zu Hilfenahme einer Power Point Präsentation, die den Ausschussmitgliedern in gedruckter Form ausgehändigt wird, einen abschließenden Bericht über das Projekt Streetwork Wohnungslose.

Die Mitglieder des SOA bedauern das Ende dieser Maßnahme, die aus finanziellen Gründen seitens des Landes nicht verlängert wird.

Beschluss:

8. Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagerer Gesundheitskonferenz

Vorlage: 0888/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Ausschuss schlägt die nachfolgenden im Beschluss genannten Mitglieder für die Hagerer Gesundheitskonferenz vor.

Beschluss:

Der Sozialausschuss schlägt folgende Mitglieder für die Berufung in die Hagerer Gesundheitskonferenz vor:



Mitglied
Ulrike Dannert (CDU)
Dorothee Machatschek (SPD)
Victor Dücker (FDP)
Ruth Sauerwein (Bündnis 90/ Die Grünen)

Stellvertreter(in)
Dietmar Link (CDU)
Ralph Faust (SPD)
Horst Wortmann (FDP)
Norbert Halbeisen(Bündnis 90 /Die
Grünen)

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

9. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Es lagen keine Anfragen vor.

Beschluss:

Ende des öffentlichen Teiles: 18.10 Uhr

C. ANWESENDE

Name **Bemerkungen**

Frau Buchholz, Birgit	SPD
Herr Faust, Ralph	SPD
Herr Häßner, Ulrich	SPD
Frau Machatschek, Dorothee	SPD
Herr Mervelskemper, Peter	SPD
Herr Schellhorn, Heinz	SPD
Frau Timm-Bergs, Ramona	SPD
Herr Bock, Joachim	CDU
Frau Dannert, Ulrike	CDU
Frau Kurte, Hildegard	CDU
Herr Link, Dietmar	CDU
Herr Röspel, Wolfgang	CDU
Herr Vaupel, Hans-Joachim	CDU
Frau von Mallinckrodt, Karin	CDU
Herr Halbeisen, Norbert	GRÜNE
Herr Dücker, Viktor	FDP
Herr Brüggemann, Fritz	BfH
Herr Manfred Weber	PDS
Herr Thomas Haensel	
Herr H.-G. Rumberg	ARGE
Frau Petra Schmieta	ARGE
Frau Schmidt	Rechnungsprüfungsamt
Herr Dr. Bent	Gesundheitsamt
Herr Gerd Steuber	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Elke Kreiß	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Hans Stüwe	Fachbereich Jugend und Soziales
Frau Liane Meyer	Schriftführung

gez. Machatschek

Vorsitzende/r

gez. Meyer

Schriftführer/in